

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Abonnementpreis 0,75 Mt.;  
frei Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Betriebs-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Christl.-Bundler)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 91.

Berlin, Mittwoch, 12. November 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Deutschen Gewerksvereine und der 3. deutsche Arbeiterkongress. — Arbeiter und Hanjand. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Die Deutschen Gewerksvereine und der 3. deutsche Arbeiterkongress.

In der Zeit vom 30. November bis 3. Dezember wird in Berlin der 3. deutsche Arbeiterkongress tagen. Der 1. Arbeiterkongress fand im Jahre 1903 in Frankfurt a. M., der 2. im Jahre 1907 in Berlin statt. Die Veranstalter dieser Kongresse sind in erster Linie die christlichen Gewerkschaften, die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung, der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, ferner die katholischen und evangelischen Arbeitervereine. Auch der Aufruf zum 3. Kongress ist von Vertretern der genannten Organisationen unterzeichnet. Den Anlaß zur Einberufung hat nach dem Aufruf und den Kommentaren, die derselbe in der christlichen Gewerkschafts-Presse gefunden hat, die Gründung des „Kartells der schaffenden Stände“ in Leipzig gegeben. Es soll Front gemacht werden gegen die Weltverbunden, den sozialen Fortschritt aufzuhalten, gleichzeitig aber auch, um der Steigerung der Lebensmittelpreise Einhalt zu tun, damit die breiten Massen der Bevölkerung in ihrem Kulturzustande nicht zurückgeführt werden.

Danach handelt es sich bei dem 3. deutschen Arbeiterkongress eigentlich um ein Unternehmens, das von allen deutschen Arbeitern, gleichviel welcher Richtung sie angehören, unterstützt werden möchte. Wäre es möglich, die gesamte deutsche Arbeiterschaft von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten zu einem Protest zu vereinen gegen die Bestrebungen des Leipziger Kartells, so würde das eine Kundgebung sein, die ihre Wirkung ganz bestimmt nicht verfehlen würde. Leider ist ein derartiger einmütiger Protest infolge der Zerplitterung der Arbeiterbewegung in Deutschland zur Zeit ein Ding der Unmöglichkeit. Die sogenannten freien Gewerkschaften würden in ihrem Grobmachtsdünkel sich daran nicht beteiligen. Dann aber wäre doch immer noch die Möglichkeit gegeben, wenigstens alle auf nationalem Boden stehenden Arbeiter zu einer einmütigen Kundgebung zusammenzubringen. Wir sind jetzt überzeugt, daß diese einen starken Eindruck auf die Regierung und die Parlamente gehabt haben würde. Leider aber wird auch solch eine Kundgebung nicht zustande kommen. In dem Aufruf zum 3. deutschen Arbeiterkongress laden nämlich die Einberufer ein „alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen.“ Die Deutschen Gewerksvereine sind nach ihrem Programm eine nationale Organisation. Sie lehnen aber als Arbeiterberufsvereinigung die „christliche Weltanschauung“ ab, weil sie mit gewerkschaftlichen Forderungen nichts zu tun hat. Das hindert natürlich nicht, daß ihre Mitglieder ebenso gute und überzeugte Christen sind wie die der christlichen Gewerkschaften. Durch die Form der Einladung war also den Deutschen Gewerksvereinen von vornherein die Teilnahme an dem Kongress unmöglich gemacht; sie hätten somit ihre Grundtöne anfragen.

Wäre es den Einberufern des Kongresses ernstlich darum zu tun gewesen, eine machtvolle Kundgebung zu veranstalten, so hätten sie diesen Stein des Anstoßes nicht in den Weg werfen dürfen. Die Sache der Arbeiterschaft wird dadurch entschieden schwer beeinträchtigt. Das wird auch von Männern

erkannt, die selbst der Arbeiterschaft nicht angehören, aber ein warmes Herz für sie haben und die soziale Reform entschieden gefördert wissen wollen. Von dieser Seite ist mit anerkanntem Eifer auch der Versuch gemacht worden, eine Beteiligung der Deutschen Gewerksvereine an dem 3. deutschen Arbeiterkongress herbeizuführen. Von uns ist zunächst keine ablehnende Antwort erteilt worden. Wir waren aber gezwungen, für unsere Teilnahme gewisse Vorbedingungen zu stellen. Einmal hätte der Aufruf dahin abgeändert werden müssen, daß die „christliche Weltanschauung“ daraus beiseite gelassen würde, dann aber müßten wir auch Garantien verlangen, daß die Frage der Lebensmittelvermehrung und Lebensmittelpreiserhöhung in einer Weise behandelt wird, die den Interessen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Die christlichen Führer als Mitglieder der Zentrumspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben die Politik der Lebensmittelvermehrung mitgemacht. Sie sind mitverantwortlich für ihre Folgen. Deshalb müßten wir die Gewähr verlangen, daß nicht eine im Sinne jener verkehrten Wirtschaftspolitik gebaltene Entscheidung zur Annahme gelangt.

Daß diese Bedingungen erfüllt würden, war nach den gegebenen Verhältnissen kaum anzunehmen. Wir müßten aber im Interesse des Ansehens und der Ehre unserer Organisation unbedingt daran festhalten. Infolgedessen sind die Bemühungen, eine Verständigung zwischen dem Ausschuss des Arbeitertages und den Deutschen Gewerksvereinen herbeizuführen, im Sande verlaufen. Unser Zentralrat hat sich in seiner letzten Sitzung am 7. November mit der Angelegenheit beschäftigt und nach einem eingehenden Referat des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt ohne wesentliche Diskussion folgende Entscheidung angenommen:

„Obgleich die Deutschen Gewerksvereine an nationaler Gesinnung nicht hinter den christlichen Gewerkschaften zurückstehen, lehnt der Zentralrat die Beteiligung an dem 3. Arbeiterkongress in Berlin ab, weil der Ausschuss dieses Arbeitertages die Bedingung stellte, daß die teilnehmenden Organisationen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen müssen. Wir Gewerksvereiner halten es für unzulässig, das Christentum zu Heilmitteln zu missbrauchen. Es kommt hinzu, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den Parlamenten gezwungen sind, die agrarische Politik des Zentrums und der Konservativen mitzumachen und so als Arbeiter wider das Interesse der Arbeiterschaft handeln, indem sie die Politik der künstlichen Lebensmittelvermehrung unterstützen. Da ist es besser, daß die Gewerksvereine ihren Weg allein gehen, bis die Arbeiterschaft in größerer Einmütigkeit erkennt, daß Lebensmittelvermehrung keine wirksamen Freunde der Arbeiter sind, auch wenn sie im Mantel des Christentums erscheinen.“

Damit ist die Beteiligung der Deutschen Gewerksvereine an dem 3. deutschen Arbeiterkongress abgelehnt. Wie wir oben schon eingehender dargelegt haben, halten wir es im Interesse der Arbeiterschaft für bedauerlich, daß nicht eine gemeinsame Kundgebung aller auf nationalem Boden stehenden Arbeiter erfolgen kann. Die Schuld daran aber tragen nicht wir, sondern der Ausschuss des deutschen Arbeitertages, der durch seinen Aufruf von vornherein ein einheitliches Vorgehen unmöglich gemacht hat. Wäre es den in jenem Ausschuss maßgebenden christlichen Führern ernst gewesen mit einem einheitlichen und damit wirksamen Protest gegen das Leipziger Kartell, so hätten sie unbedingt den Deutschen Gewerksvereinen den Weg zur Beteiligung offen lassen müssen. Annehmend aber wollte man biblisch unter sich sein und verhalten, daß den christlichen Arbeitern einmal mit aller Deutlichkeit gesagt wird, wo die Lebensmittelver-

teuerer liegen. Ja, der Gedanke liegt sogar nahe, daß die Stellungnahme gegen das Leipziger Kartell nur ein Vorwand ist, und daß man nach einer Gelegenheit suchte, das in den letzten Jahren stark ramponierte Ansehen der christlichen Gewerkschaften durch eine solche öffentliche Veranstaltung etwas aufzubessern. Durch den Verarbeiterstreik im Ruhrrevier sind dem christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter viele Tausende von Mitgliedern verloren gegangen. In der Öffentlichkeit ist sein Verbleiben auf das allerschärfste gebrandmarkt worden. Dann kam der Textilarbeiterstreik in Breslau, der für die Christlichen ebenfalls mit einem erheblichen Verlust an Mitgliedern und Ansehen verknüpft war. Und welche Verwirrung hat in ihren Reihen erst die päpstliche Enzyklika wadgerufen! Das Zusammengehen mit der Berliner Richtung auf diesem 3. Arbeiterkongress soll vielleicht den Beweis erbringen, daß die christlichen Gewerkschaften in kirchlicher Hinsicht doch „einmütsfrei“ sind; sonst würden ja die vom Papste bevorzugten katholischen Fachabteilungen nicht mit ihnen zusammengehen.

Die Entscheidung des Zentralrats konnte unter den obwaltenden Umständen nicht anders ausfallen, als es geschehen ist. Selbst die aufrichtigsten Anhänger des Gedankens, daß in sozialpolitischen Fragen alle auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen Schulter an Schulter kämpfen müssen, werden unsere Haltung zu würdigen und zu verteidigen wissen. Und wenn die Deutschen Gewerksvereine auch auf dem 3. deutschen Arbeiterkongress nicht vertreten sind, so wird dies kein Hindernis für sie sein, ebenso energisch wie bisher die Interessen der deutschen Arbeiterschaft wahrzunehmen. Sie werden dies umso wirksamer tun können, als sie in ihren Entscheidungen nicht gebremst werden durch politische oder kirchliche Fesseln, die die anderen Richtungen einschränken.

## Arbeiter und Hanjand.

Die diesjährige Genawoche hat die öffentliche Aufmerksamkeit bei weitem nicht in dem Maße beschäftigt wie die vorjährige. Die Verhandlungen sind mehr im Stillen geführt worden; auf die Veranstaltung einer großen Feierabend hat man diesmal verzichtet. Trotzdem darf man an der Tagung nicht achlos vorübergehen. Ja, verschiedene Momente fordern geradezu dazu heraus, die Haltung des Hanjabundes zu den sozialpolitischen Fragen überhaupt einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

In wachsendem Maße hat der Hanjabund sein von Haus aus mehr oder weniger ausschließlich auf den Kampf gegen agrarischen Lebermut eingetretenes Arbeitsgebiet nach der sozialpolitischen Seite hin erweitert; aus der Abwehrorganisation der Unternehmerten des Industriestaates gegen die rückwärtsgerichteten Bestrebungen dieser, denen der reine Anaristat als Ideal vorleuchtet, wurde zugleich eine Arbeitervereinigung mit der Front gegen die Arbeiterbewegung. Diese tiefdauerliche Entwicklung ist langsam, fast unmerklich vor sich gegangen, ist wohl auch noch nicht an ihrem Ende angelangt; aber ihr Vorhandensein kann nur der sozialpolitisch Blinde leugnen oder der, dessen Blick durch eine Parteibrille rettungslos getrübt ist.

Mit dem Auscheiden des sozialdemokratischen Zentralverbands Deutscher Industrieller ist die Frage der Stellung des Hanjabundes zur Sozialpolitik keineswegs zur Ruhe gekommen, ja man möchte fast sagen, die praktische „Sozialpolitik“ des Bundes datiert im Wesentlichen erst seit jener Zeit. Sie hat naturgemäß die Richtung des Bun-

des der Industriellen und des Deutschen Handelstags eingeschlagen, da diese beiden Gruppen im Sanjabunde dominieren. Man könnte den leitenden Gesichtspunkt dieser Politik etwa dahin charakterisieren: in ein paar Kleinigkeiten soll den Arbeitern und Angestellten entgegengekommen werden, um die Erfüllung selbst mäßiger weiterer Forderungen hintanzubehalten; ein offener Affront gegen die ganze Sozialpolitik soll unter allen Umständen vermieden werden; ja es soll auch nicht an schönen Bekenntnissen zum Werte der bisherigen Sozialreform fehlen, aber mit aller Rebutamkeit wird bald hier, bald da ein Stück Arbeiteremanzipation bekräftigt und befehdt. Nicht als ob es dem Bunde ganz an Persönlichkeiten fehlte, deren warmes Herz für die Arbeiteridast über jeden Zweifel erhaben ist (— wir denken hier besonders an Raumann und die ihm Gennungsverwandten, wie immer man auch zu ihrer parteipolitischen oder taktischen Haltung im Einzelnen stehen mag —), aber die Gesamtstrichtung des Sanjabundes ist doch erheblich mehr sowohl in wirtschaftspolitischen wie in sozialpolitischer Beziehung diejenige des ehemaligen Raumannianers und späteren Negativen Stresemann, der zu den leitenden Persönlichkeiten des Bundes gehört, als die der arbeiterfreundlichen Kreise.

Die Kette von Mißgriffen auf sozialpolitischem Gebiete dürfte mit einer Nachgiebigkeit gegen gewisse krämerhaft denkende Mittelständler begonnen haben. Wer von den im Sanjabunde organisierten Handwerfern und kleinen Detaillisten etwa einen etwas großzügigeren Blick erwartet hatte als von ihren Kollegen in den reaktionären Mittelständlerorganisationen, der dürfte einigermaßen enttäuscht gewesen sein. Insbesondere war die Stellungnahme der Mittelständler im Sanjabunde in Bezug auf die Konjunktur eine sehr angreifbar. Man befahte sich zwar nicht rund und nett zur völligen Gegnerschaft gegen die letzteren, sondern griff nur die Beamtenkonjunktur an, aber: den Sach schlag man und den Ziel meinte man. Nicht die tatsächlich zu Recht bestehenden Bedenken gegen die Beamtenkonjunktur — daß sie nämlich in die Konjunkturinsache, die eine Anselnenheit des ganzen Volkes ohne Unterschied von Rang, Stand, Klasse und Partei sein sollte, eine neue Verblitterung trugen — veranlaßten die Stellungnahme der handiändlerischen Mittelständler, sondern die Sorge um ihre wahrhaftig durch andere Momente viel mehr gefährdeten engherzigen Protinteressen bewirkte diese Haltung. Daß es jedermann, insbesondere aber dem an ein festes und nur sehr schwer vermerkbare Einkommen gebundenen Beamten, freistehen muß, denjenigen Weg zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse zu wählen, den er für den rationellsten hält, das ist ein Gedanke, der den Leuten gar nicht in den Sinn kam. Merkwürdigerweise erscheint dieser Gedanke auch den mit dem Sanjabunde aufs engste liierten Bund der Festbesoldeten nicht viel Kopfzerbrechen gemacht zu haben.

Noch bedenkllicher fällt als diese unfreundliche und zweideutige Haltung gegen Konjunkturvereine und Beamtenselfshilfe ist die einseitige Stellung des Sanjabundes zu den Organisationen der Privatangestellten. Einzelne Funktionäre, allen voran Dr. Stresemann, haben sich mit aller Deutlichkeit gegen die energiereichere (die „gewerkschaftliche“) Richtung in der Privatbeamtenidast ausgesprochen, die angeblich den Klassenkampf nun auch in die Kontore verpflanzen wolle. Den Stellenvermittlungszweckverband, den der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der 8 er Verein und der Verband Kaufmännischer Vereine unter der Bezeichnung der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ gegründet haben, hat der Sanjabund in einseitiger, andre Handlungsgehilfenverbände schädigender Weise begünstigt und sich dadurch manchen neuen Gegner geschaffen. Da innerhalb der Technikerschaft eine ungewerkschaftliche Organisation von einiger Bedeutung überhaupt nicht besteht, so ist im Privatbeamtenausfüh des Sanjabundes dieser ganze Teil der Angestellten unvertreten geblieben. Sowohl der Bund der technisch-industriellen Beamten wie der Deutsche Technikerverband will von der Sanjabunds-Sozialpolitik nichts wissen. Daß die letztere auch in gelegentlichen Einzelfragen verjagt hat, sei nur nebenbei erwähnt. So hat der Sanjabund seinerzeit das Ersuchen der Techniker beim Streit der 200 Berliner Eisenkonstruktions- techniker die Vermittlung zu übernehmen, abgelehnt, weil derartige Aufgaben außerhalb seines Rahmens lägen. Die Vermittlungen, in der Ur laubsfrage der Privatangestellten zu einer vermittelnden Lösung zwischen den Wünschen der Angestellten und dem mangelnden Entgegenkommen der Arbeitgeber zu gelangen, sind beispielsweise auch gescheitert („vorläufig“ aufgegeben), so daß man

wohl sagen kann, der Sanjabund sieht die Mitarbeit der Angestelltenfreie ganz gern, aber wenn sie etwa größere Erwartungen für ihre soziale Lage an dies Zusammenarbeiten knüpfen, so werden diese durch sein Verhalten bisher wahrhaftig nicht gerechtfertigt.

Tamit aber nicht genügt; auch der Arbeiteridast im engeren Sinne gegenüber hat sich die Sozialpolitik des Sanjabundes bisher höchst ungeschickt verhalten. Hier sei besonders an Professor Delbrücks Voblied auf die Gelben erinnert, das vor Jahresfrist so veinliches Aufsehen erregte, als es vom Sanjabunde her ertöndoll. Damals meinte wohl der eine oder andere, das sei eine nicht allzu ernst zu nehmende Entgegnung des konservativen Professors gewesen, den die Leitung des Sanjabundes nun einmal den Ehractz gehabt hatte sich zu verdrängen. Und man sah dem geachteten Gelehrten die Zrrung auf einem Gebiete, das ihm selber ein wenig fremd war, keiner iontischen Verdienste wegen völlig nach und machte andererseits den Bund nicht für das voll verantwortlich, was der fremde Gast nach dieser Richtung hin gesagt hatte. Mühte es aber immerhin schon veinlich zu betreiben, wie wenig sich die Bundesleitung damals gedungen fühlte, nachdrücklich zu unterstreichen, sie denke in diesem Punkte anders als der Meient. So findet die Auffassung der Keimziten, die schon damals meinten, die Klust der Antikampanen zwischen der Leitung und Professor Delbrück sei in der Frage der Gelben nicht eben abgrundtief, ihre nachträgliche Stütze in der Stellung, die am letzten Sonntagabend der „Industrieller“ des Sanjabundes nach einem Vortrage des Dr. Stresemann über die Streikergesetz und die Gehegabung eingenommen hat. Schon aus den Anführungen, die Dr. Stresemann in den letzten Worten zu dieser Frage getan hat, erhellt mit aller Gewißheit, daß er für eine idärfere Eröffnung der Streikvergehen zu haben ist. Sein Vortrag und die Beschlüsse des Industrierrats dazu haben diese Auffassung bestätigt. In der angenommenen Resolution wird nämlich verlangt:

1. daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften „zur Sicherung der Ruhe, Vequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs“ gesorgt wird, und daß insbesondere zu diesem Zwecke durch das Reich dafür Sorge tragen wird, daß seitens sämtlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzieller Behörden tunlichst gleichmäßige Verordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikergesetz an Hand der bestehenden Gesetze belehrt werden,
2. die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Abkürzung von Fristen und Verminderung von Formlichkeiten,
3. die Beseitigung der Ausnahmebestellung der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine, entsprechend anwendbar ist,
4. die Ergänzung und Abänderung der §§ 240/241 des Strafgesetzbuchs im Sinne einer idärferen Eröffnung der Begriffe der strafbaren Bedrohung und Nötigung.

So ähnlich, vielleicht etwas unverblümt, läßt auch der Zentralverband Deutscher Industrieller seine Forderungen formulieren können. Der Sanjabund aber stellt sich durch die Annahme dieser Resolution in eine Reihe mit den Hebern, die in den letzten Monaten mit so geistlichem Eifer ein Scheitern nach dem andern zur Vernichtung eines wirksamen Streikrechts herbeigeführt haben. Hat doch keine Arbeitgebertagung, keine Zusammenkunft rechtsstehender Politiker, keine selbe Veranstaltung stattgefunden, die nicht die Verschärfung des angeblich heute noch so geringen Standes der Streikbrecher als oberste Pflicht der Nation hinzustellen gewagt hätte; und ist doch diese Frage in ein kritisches Stadium getreten, seit die national-liberale Reichstagsfraktion eine Umweltschmission zu ihrer Nachprüfung eingesetzt hat, die die Hoffnungen der Hirch, Fehrmann usw. schon gewaltig schwellen läßt und in der weder Herr Seckmann noch Herr Adler zur Verteidigung der Arbeiterinteressen sitzt. Herr Dr. Stresemann wünscht, daß die öffentliche Meinung sich endlich einmal unbefangenen und ohne parteipolitische Betrachungsweise mit der Arbeitsmüdigkeitsfrage beschäftigen möge. Man wird aber die Bemerkung nicht los, daß Herr Stresemann hier selber sehr durch die Brille des Unternehmerrats blickt, durch die er auch seinerzeit schon die Heimarbeitsfrage und insbesondere die Ergebnisse der Berliner Heimarbeitsausstellung von 1906 in so eigenartiger Lichter gesehen hat. Er scheint zu vergessen, daß dem von Arbeitgebern zusammengetragenen Material zur Streikbrecherfrage, an dessen Vernehmung freilich manche kurzfristige Terroristen im Arbeiterlager mitunter

in bedauerlicher Weise mitarbeiten, doch auch ein ungeheures Gegenmaterial von Streikvergehensurteilen gegenübersteht, die geradezu dramatisch idarf sind und nach einer Veiichtigung des unglücklichen § 153 der Gewerbeordnung geradezu idarfen;

So viel über die Sozialpolitik des Sanjabundes. Nicht wenige Arbeiter sind ihm seinerzeit beigetreten, als er nach der sogenannten Reichsfinanzreform von 1909 zum Kampfe gegen die Feinde des Industriestaates gerufen wurde. Wenige werden ihm heute noch treu sein. Das hat er aber durchaus selbst veridudet. Seine Grundidee war gut: er war eine aus der Not der Zeit geborene Notwendigkeit. Auch jetzt noch ist und bleibt es wünschenswert, daß der einflussreichen Anarorganisation eine kraftvolle Industriemacht gegenübertritt. In seinem Kampfe gegen die unvollständige, dem Großhandwerks allein zugutekommende Politik des Bundes der Landwirte wird und muß der Sanjabund die Sympathien der Arbeiteridast, besonders wenn sie immer mehr erkennt, wie bedeutungsvoll die Landfrage auch für die städtischen Arbeiteridast ist, auf seiner Seite haben. Aber wer die Kraft des Sanjabundes diesen Aufgaben als den dringendsten und wichtigsten voll und rein erhalten wissen möchte, der muß mit uns ihm den wohlgemeinten Rat geben: Sünde weg von der Sozialpolitik! Bisher hat der Bund in sozialpolitischen Dingen eine durchaus unglückliche Hand gehabt. Er zeige sich in der Beschränkung auf sein ursprüngliches Aufgabengebiet als Weiser, und die Sympathien der Arbeiter und Angestellten werden nicht ausbleiben. Die Verquickung aber des gerechten Kampfes gegen die Agrardomäne mit einem Klassenkampf gegen Arbeiterrechte kann nur die eigene innere und äußere Kraft der Sanjabewegung schwächen und muß den rücksichtslosen Widerstand aller Arbeiterfreunde wachrufen.

Dr. Ludwig Bende, Salenec.

## Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 11. November 1913.

Die letzte Zentralratsitzung am 7. November dauerte ungewöhnlich lange. Zuerst wurde der Bericht des Verbandsreferenters Kollegen Kust für das III. Quartal entgegengenommen. Zu irgend welchen Erinnerungen lag kein Anlaß vor. Es folgte dann die Beipredung unserer Stellung zum 3. deutschen Arbeiterkongress, über deren Verlauf an leitender Stelle berichtet wird. Im Aniduß daran wurde nach längerer Aussprache folgende Erklärung gegen das sogenannte Kartell der idaffenden Stände einmütig angenommen.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine (G.D.) erwartet von dem hohen Reichstage, daß er den Versuch des sogenannten „Kartells der idaffenden Stände“, die sozialpolitische Entwicklung zurückzuschrauben, mit Entschiedenheit abweist. Der Auf nach „Aufrechterhaltung der Autorität“ in den wirtschaftlichen Betrieben“ bedeutet nichts weiter, als daß den Großunternehmern schon die bestehenden Bestimmungen, die zum Schutze der Arbeiter und ihrer bürgerlichen Rechte in der Gesetzgebung bestehen, eine unbenutzbare Fessel sind, die sie ablegen möchten, um völlig unabhingig und frei wie über ihre Werkzeuge auch über die Menschen, die sich dieser Werkzeuge für Lohn bedienen, verfügen zu können. Die Deutschen Gewerbevereine hingegen halten es für notwendig, daß die Rechte der Arbeiter in einem Reichsarbeitsrecht Regelung und Ordnung finden, damit die Millionen von Menschen, die sich aus dem abhängigen Lohnverhältnis nicht erheben können, sondern immer Lohnarbeiter bleiben müssen, sich doch zu bürgerlicher Freiheit und Gleichberechtigung entwickeln können. Ein nechtliches Abhängigkeitsverhältnis paßt nicht in den Geist unseres modernen Lebens. Die Arbeiter wollen an dem Betriebe interessiert sein, dem sie ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit und selbst oft genug ihr Leben opfern; sie wollen über das, was von Vorteil für den Produktionserfolg ist, mit den Vertretern der Betriebe beraten können, mit einem Wort, sie wollen Menschen und nicht bloß Werkzeuge sein.

Was die in Leipzig Verbündeten unter Schutz der nationalen Arbeit“ verstehen, ist den Arbeitern bekannt. Das sind hohe Fülle insbesondere auf Brot und Fleisch. Das sind hohe Fülle insbesondere auf die auch als Hauptursache für den Rückgang der Geburten anzusehen ist. Will man diese Politik fortsetzen und weiter verschärfen? Die Verbündeten von Leipzig wollen es. Die Arbeiter wollen es nicht. Gewünscht durch die Erfahrungen, die sie mit der Teuerung machen mußten, erwarten sie von der Volksoberleitung, daß sie die Fülle abbaut, um allmählich wieder zu normalen Zuständen in der Preisbildung zurückkommen. Will man die nationale Arbeit durch hohe Fülle schüpfen, dann hat man auch die Pflicht, die nationalen Arbeiter zu schüpfen vor der ausländischen Konkurrenz billiger Arbeitskräfte, die alljährlich

bis zu einer Million an Zahl nach Deutschland kommen und den deutschen Arbeitern die Arbeit wegnehmen.

Ein „Schutz der Arbeitswilligen“, wie ihn die Scharfmacher wünschen, lehnen auch die nationalgesinnten Arbeiter ab. Wohl findet der sozialdemokratische Terror, unter dem wir Gewerbetreibende oft und schwer zu leiden haben, unsere schärfste Verurteilung, aber wir wissen auch, daß polizeiliche Maßnahmen hierin keine Besserung herbeiführen. Hier haben die Unternehmer schon jetzt die Möglichkeit, diejenigen Arbeiter zu entlassen, die sich gegen Andersdenkende unduldsam erweisen. Ein energischer Widerstand gegen den Terror wird erzieherisch wirken und in den Kreisen der Arbeiter die Auffassung verhängen, daß sie sich trotz aller politischen und kirchlichen Gegenstände doch gegenseitig ertragen müssen, wenn sie nicht ihre eigenen Interessen schädigen wollen.

Die wirksamste Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren“ erblicken wir, im Gegensatz zu den Vereinerungen des Leipziger Kartells, in der weiteren Verbesserung unserer Schulen, Beschaffung von Bibliotheken seitens der Gemeinden, in der vermehrten Beteiligung der Geschulten an dem Streben nach höherer Bildung für das Volk. Der Unwert der Massen steigt die Demagogie; Aufklärung und Bildung auch auf den Gebieten der Wirtschaftswissenschaften und des staatlichen Lebens vermehren und festigen das Verständnis für den nationalen Gedanken in der arbeitenden Bevölkerung. Eine denkfähige Volksmasse wird national gegn sein.

Gegen das Kartell des geschlechtlich sanktionierten Raubes an den Volksgütern erheben wir allerhöchsten Protest. Rot tut und eine freischöll-nationale Entwicklung im Wirtschafts- und Geistesleben. Sie wird die deutsche Nation unüberwindlich stark machen.

Bezüglich unserer Stellung zum Leipziger Kartell verteilten wir bei dieser Gelegenheit auf den Artikel: „Kartell der Scharfmacher und Brotverbreiter“ in Nr. 80 des „Gewerkevereins“.

Bei den Berichten aus dem Bureau wurde zunächst eine das Herbergsweien betreffende Angelegenheit besprochen. Es folgte dann eine längere Ansprache über das Arbeitersekretariat Frankfurt. Ein die Berichtertätung betreffender Antrag fand einstimmige Annahme. Kollege Klein erstattete sodann einen kurzen Bericht über den Delegiertentag der Eisenbahner, Kollege Goldschmidt über den der Bergarbeiter. Beide Redner konnten sich auf ihre Berichtsleistungen im Verbandsorgan berufen. Ein von Kollegen Reutbedt begründeter Antrag des geschäftsführenden Ausschusses, sämtliche Verbandsbeamte aus Kosten der Verbandskasse gegen Unfall zu versichern, wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß machte Kollege Goldschmidt noch Mitteilung über einen Plan, Haushaltsbudgets aufstellen zu lassen. Der Zentralrat gab dazu seine Zustimmung; die weitere Ausführung wurde dem geschäftsführenden Ausschuss übertragen.

**Nach einer Abfrage an das Leipziger Kartell.** Ende voriger Woche fand in Berlin eine gegen das „Kartell der schaffenden Stände“ gerichtete Protestversammlung der deutschen Mittelstandskongressvereinigung statt, in welcher es der bekannte Obermeister H. A. H. als Unfönn bezeichnete, wenn von den Mittelständlern jetzt verlangt werde, daß sie sich mit Interessentengruppen verbinden sollten, die bisher ihre fallstimmigen wirtschaftlichen Gegner gewesen sind. Vonstott und Terrorismus gegen das Handwerk können nur durch ein vernünftiges geheimes Wahlrecht beseitigt werden, aber gerade der Bund der Landwirte und die Schwerindustrie seien die erbittertesten Gegner eines solchen. Aus diesen und auch aus anderen Gründen müsse ein Zusammengehen der Mittelstandsvereinigungen mit den im Leipziger Kartell vereinigten Organisationen entschieden abgelehnt werden. Für das Liebeswerben des Kartells um den Mittelstand gebe es nur ein entschiedenes „Nein!“

Mit Recht wurde in der weiteren Debatte darauf hingewiesen, daß das Leipziger Kartell in erster Linie eine politische Kampforganisation sei. Bund der Landwirte und Schwerindustrie hätten weitestlich andere Interessen als der Mittelstand. Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, der das Bündnis mit geschlossen hat, sei eine Kampfvereinigung gegen die Handwerkskammern. Ihm kann und darf nicht noch Vorwand geleistet werden. Nach weiterer längerer Aussprache gelangte sodann einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der es heißt:

„daß der Beitritt des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes zum Leipziger Kartell der schaffenden Stände“ der Aufgabe einer Mittelstandsvertretung widerspricht, da diese den Kampf nach oben und nach unten, nicht bloß nach unten, zu führen hat. Ferner erblicken die Angehörigen des erwerbstätigen Mittelstandes in diesem Kartell auch an sich eine schwere Gefahr für den Mittelstand, weil seine berechtigten

Interessen dabei vernachlässigt, die Lebenslage noch weiter verteuert und die Interessenkämpfe der Erwerbsstände unnötig verschärft werden.“

Daß das Leipziger Kartell selbst in Handwerkerkreisen zu energischen Widerstand findet, ist erfreulich. Aus den vielen Abjagen aus den verschiedenen Erwerbskreisen darf geschlossen werden, daß die Pänne der Scharfmacher und Brotverbreiter nicht in den Himmel wachsen.

**Arbeiterbewegung.** Die Differenzen in der Genossenschafts-Tabakfabrik Frankenberg i. S., über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, waren am Sonnabend Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung der Großverkaufsgenossenschaft und dem Zentralvorstand des Tabakarbeiterverbandes. Dabei kam es zu einem Vergleich, dahingehend, daß die Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen und die Streitpunkte einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, dessen Entscheidung für beide Teile bindend ist. — Der Streik in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Aichersleben nimmt seinen Fortgang. Er ist inzwischen auf dem toten Punkt angelangt, da keinerlei Verhandlungen zwischen beiden Parteien stattfinden. — Nach von dem Streik im Hofen zu Sektin, der seinen Fortgang nimmt, ist nichts Neues zu melden.

Die Aussichten, den idernen Kampf in Tübingen bald zu beendigen, werden immer geringer. Die Unternehmer holen von allen Seiten, insbesondere aus Liverpool, Nichtorganisierte heran, wodurch die Anfrage unter den Streikenden von Tag zu Tag wächst. Immer häufiger tauchen Gerüchte auf, daß die Arbeiter den Generalstreik proklamieren wollen. Wie der Sekretär des irischen Transportarbeiterverbandes öffentlich erklärte, sollen alle dem Verbands anhängenden Trade Unions zur Arbeitseinstellung aufgefordert werden, wenn die Nichtorganisierten nicht zurückgezogen werden.

**„Genossen als Arbeitgeber.“** In Frankenberg i. S. besitzt die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (Zis Hamburg) eine Zigarrenfabrik, deren Leitung natürlich in den Händen von „Genossen“ liegt. Vergangene Woche ist es in diesem Betriebe zur Ausverennung gekommen, und zwar unter so eigenartigen Verhältnissen, daß wir darüber den Kollegen Mitteilung machen müssen. Wir halten uns dabei an die Schilderung im „Vorwärts“, der in seiner Nr. 291 vom Sonnabend darüber wörtlich folgendes berichtet:

„Die G. G. G. sperrte die im Fabrikbetriebe Frankenberg i. S. beschäftigten Zigarrenarbeiter aus, weil diese sich nicht bereit erklärten, unter einer plötzlich angeordneten Arbeitsverflechtung zu arbeiten. Zur Orientierung dieses gewiß bedeutsamen Vorganges diene deshalb nachfolgende Klarstellung. In diesem in Frankenberg i. S. seit mehr als 13 Jahren bestehenden Genossenschaftsbetriebe besteht von Anfang an die Einrichtung, daß die Zigarrenmacher ihre an einem Tage gefertigten Zigarren in einen Schragen (Kasten) reihenweise hineinlegen und abliefern. Mit dieser Einrichtung, die in vielen Betrieben ohne Schaden für den Fabrikanten besteht, will die Leitung der G. G. G. brechen. Sie ließ deshalb ganz plötzlich, ohne den Versuch einer Verständigung mit den Arbeitern zu machen, am Sonnabend letzter Woche anordnen, daß von dieser Woche an alle Zigarrenmacher ihre gefertigten Zigarren noch auf einen mit Leinen überspannten Rahmen auszuliefern und abzuliefern hätten. In dieser Abänderung des Arbeitsverhältnisses sehen die Arbeiter mit Recht eine Mehrarbeit, also eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses und erfordern darum, sofern diese Arbeitsweise partout zur Einführung kommen solle, eine Aufbesserung des Barlohnes um 20 Pfg. pro tausend Zigarren. Der Obermeister Steffen, dem dieser Vorschlag gemacht wurde, erklärte darauf, daß die G. G. G. sich auf nichts einlasse; wer seine Zigarren nicht auf den Rahmen lege, sei entlassen. Daraus wandten sich die Arbeiter am Dienstag, den 4. November, durch den Arbeiterauschuss noch einmal an den Obermeister mit dem Ersuchen, mit der angeordneten Entlassung solange zu warten, bis die maßgebenden Instanzen — in diesem Falle, da ein Tarifvertrag besteht, der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und die Leitung der G. G. G. — angezogen und eventuell entschieden hätten, da es doch nicht darauf ankomme, ob diese Regelung 14 Tage eher oder später eingeführt würde. Darauf antwortete Obermeister Steffen kurz und bündig, daß es für sie, die Leitung der G. G. G., gar keine Instanzen gebe, die da mitzureden hätten; wer sich weigere, die Zigarren auf den Rahmen zu legen, sei sofort als entlassen zu betrachten. Nachdem so die Einigungsversuche erfolglos geblieben oder versperrt worden waren, mußten die Arbeiter den Betrieb verlassen. Vor Zugung nach den Zigarrenfabrikanten der G. G. G. in Frankenberg i. S., Döckenheim i. B. und Hamburg wird streng gewarnt.“

Die „Genossen“ Arbeitgeber muten also ihren Arbeitern eine Arbeitsvermehrung zu, von einer

entsprechenden Lohnerhöhung aber wollen sie nichts wissen. Der Versuch einer Verständigung wird rundweg von ihnen abgelehnt. Wer nicht pariert, der fliegt, und so wari man 140 Arbeiter aufs Pfahler, weil sie sich eine tarifwidrige Behandlung nicht gefallen lassen wollten. Also rote „Ausbeuter“ und „Scharfmacher“, wie sie im Bude stehen.

Die 475. Veranstaltung des Vereins für Volkunterhaltung findet am Sonntag, den 16. November, abends 7 Uhr im Konzertsaal der Königl. Hochschule für Musik (Gardenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: Fräulein Margret zur Nieden (Gesang), Herr Professor Henri Marteau (Violine), Herr Oberregisseur Dr. Rudolf Frank (Rezitation).

### Gewerkevereins-Zeil.

**§ Bremen.** In der letzten Ortsverbandssammlung hielt Kollege Rejchlat einen Vortrag über das Taylor-System oder die wissenschaftliche Betriebsführung. Der Redner führte aus, daß nachem in letzter Zeit in Deutschland über dieses von Amerika zu uns herüber gekommene System viel gesprochen und geschrieben worden ist, es auch notwendig ist, daß die Arbeiter sich mit dieser Arbeitsmethode vertraut machen. Der Grundgedanke dieses Systems ist, in kurzen Worten, durch das strenge durchgeführte Arbeitsteilung, durch Ausnutzung jeder Minute Zeit und durch geschulte ausgenützte Befähigung des einzelnen Arbeiters die Produktion um das 3-fache zu steigern. Zunächst wies der Redner auf die Jahrhunderte lange Entwicklung der Fabrikation hin und behandelte insbesondere die im letzten Jahrhundert gemachten gewaltigen Fortschritte auf allen Gebieten. Durch diese Entwicklung ist auch das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber ein anderes geworden. Das heutige mit allen seinen Auswüchsen bestehende Afford- und Prämienystem kann man als eine Vorstufe des Taylorsystems bezeichnen. Aus diesem Grunde geht das Verhalten der Organisationen dahin, das Affordsystem möglichst zu beseitigen, und so finden wir denn auch, daß schon heute in einzelnen Tarifverträgen diesem Rechnung getragen ist. Taylor hat nun in 30jähriger Praxis ein System ausgearbeitet, welches seiner Ansicht nach beiden Teilen gerecht werden soll. Für den Arbeitgeber soll durch die Vermehrung der Produktion ein höherer Gewinn erzielt werden, und der Arbeiter soll bei einer verkürzten Arbeitszeit mehr verdienen. Der Redner führte mehrere Beispiele dafür an, auf welche Art und Weise die Vermehrung der Produktion erfolgen soll. Durch wissenschaftlich gebildete Aufseher wird der Arbeiter des eigenen Denkens entbunden und ebenfalls zur Maschine degradiert. Die Werkzeuge und Maschinen müssen natürlich aufs beste und vollkommenste hergestellt werden. Die wichtigste Frage ist jedoch die, ob dieses System sowohl für den Arbeiter wie überhaupt für das gesamte Volkswohl von Vorteil ist. Abgesehen davon, daß durch die Vermehrung der Produktion um das 3-fache die Wirtschaftskrisen viel schneller aufeinanderfolgen würden als heute, liegt das System aber auch in gesundheitlicher Beziehung Schäden für die Arbeiter in sich, die unübersehbar sind. Die Folgen würden sein, daß, während der Arbeiter schon heute im allgemeinen mit 40 Jahren als verbraucht betrachtet wird, durch die Ausnutzung seiner ganzen Kräfte er schon in früheren Jahren vollständig aufgebraucht ist. Aus diesem Grunde hätten deshalb auch der Staat und die Gesellschaft ein erhebliches Interesse daran, daß dieses System nicht durchgeführt würde. Mit aller Entschiedenheit aber müssen sich die Arbeiter gegen ein derartiges System wehren, welches ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit in kurzer Zeit vernichtet. In der sich an diesen Vortrag anschließenden regen Diskussion stellten sich alle Redner auf denselben Standpunkt.

**§ Hamburg.** Der Bericht der Sekretariatsleitung für das III. Quartal gibt uns ein erfreuliches Bild von der Entwicklung unserer Bewegung in Hamburg. Das III. Quartal erhielt besondere Bedeutung durch die Bestarbeiterbewegung. Unsere Stellung war klar, und wenn dennoch irrtümliche Meinungen entstanden sind, so liegt dies daran, daß ein Verdrüßlicher im „Samb. Fremdenbl.“ ungenaue Berichte veröffentlichte. Hier sei noch einmal festgesetzt, daß die Bewegung der Bestarbeiter zur Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unsere vollste Sympathie hatte, und die neuesten Berichte über die Gewinne einiger Besten lassen erkennen, daß ein größeres Entgegenkommen der Bestbesitzer sehr wohl möglich gewesen wäre, ohne daß deshalb die Erzielung der Besten in Frage gestellt worden wäre. Entschieden verurteilt haben wir jedoch die wilde Arbeitsniederlegung, weil die Verhandlungen noch nicht endgültig abgebrochen waren. Die nach der Bewegung bei uns eingetretene Mitglieberzunahme läßt erkennen, daß die Arbeiter unser Verhalten als durchaus richtig anerkannt haben. Leider hat der Verlauf der Bestarbeiterbewegung aber auch den Glauben an die Notwendigkeit der Organisation bei vielen beeinträchtigt. Besonders schwer haben darunter die sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu leiden. Andererseits legen die Gelben ein dreifaches Auftreten an den Tag, weil sie von den Unternehmern gebührend behandelt werden, obgleich sie selbst starr organisiert sind, innerlich die Gelben bezach-

Die aber als Mittel zur Erreichung ihrer eigenen Zwecke benutzen. Wenn es uns trotz aller dieser Verhältnisse möglich war, unsere Mitgliedszahl zu vernehmen, so zeigt dies von der Festigkeit unserer Organisation und weiter davon, daß unsere Kollegen mehr und mehr aus der Mehrheit hervortreten. 117 beträgt die Mitgliederzunahme im III. Quartal.

Die Versuche, einen Ortsverein der Tabakarbeiter zu gründen, waren einstweilen noch erfolglos. Andererseits sind die Bestrebungen, den Maschinenverein von dem Gewerbeverein loszutrennen, an der gesunden Auffassung sämtlicher Mitglieder gescheitert. Um Anknüpfungspunkte zur Gründung neuer Ortsvereine zu erhalten, werden im Laufe dieses Quartals besondere Fragebogen ausgegeben, um deren genaue Ausfüllung die Kollegen schon jetzt ersucht werden.

Die Tätigkeit des Sekretariats selbst war eine sehr rege. Insgesamt fanden 104 Versammlungen oder Sitzungen statt, von denen die Gewerbevereine selbst 91 einberufen hatten. Bei mehreren Firmen mußte der Sekretär im Interesse unserer Kollegen vorstellig werden. Charakteristisch ist ein Vorgang bei der Motorenfabrik Jastram in Bergdorf. Hier schickten die Verbändler einen unserer Kollegen und versuchten, ihn, weil er nicht zum Verband übertrat, wegzunehmen, um ihn außer Brot zu bringen. Als dies nicht gelang, legten die Verbändler unter faherziger Gränden die Arbeit nieder. Selbstverständlich machten wir die Bewegung nicht mit und stellten es unseren Kollegen frei, bei Jastram in Arbeit zu treten.

Für die Presse wurden 47 Artikel bezw. Notizen verfaßt, die im allgemeinen Aufnahme fanden. Ferner wurden Flugblätter verteilt und Diskussionsabende regelmäßig abgehalten. Die Korrespondenz war eine überaus reichhaltige. Auch die Rechtsauskunftsstelle des Sekretariats wurde stark in Anspruch genommen. Von den 1850 Personen, die das Sekretariat aufsuchten, benutzten beinahe 1000 die Rechtsauskunftsstelle. Auch am Gewerbe- und Kaufmannsgericht wurden Vertretungen übernommen. Der Arbeitsnachweis entwickelt sich ebenfalls günstig. Alles in allem also können wir mit unserer Tätigkeit durchaus zufrieden sein. Möge der Erfolg anspornend wirken für das IV. Quartal, damit wir am Ende des Jahres mit Befriedigung darauf zurückblicken können.

### Verbands-Zeitl.

Quittung über eingegangene Beiträge für die Verbände und Organe für das III. Quartal 1913.

- Bauhauwerker: Hauptkassa Mk. 181,50, Charlottenburg 10,03. Bergarbeiter: Hauptkassa 37,50. Bildhauer: Hauptkassa 105,28. Eisenbahner Breslau: Hauptkassa 260,—. Fabrik- und Handarbeiter: Hauptkassa 2346,84. Frauen und Mädchen: Hauptkassa 188,30. Gemeindefreier: Hauptkassa 264,92. Holzarbeiter: Hauptkassa 700,40. Kleiner: Hauptkassa 30,—. Konditoren: Hauptkassa 44,45. Maler, Lackierer usw.: Hauptkassa 243,82. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Hauptkassa 2846,89. Berlin II 5,60. Bredow 5,25. Gumbinnen 1,30. Wetter 7,60. Schneider: Hauptkassa 517,07. Textilarbeiter: Hauptkassa 718,10. Pulsmühl 1,50. Töpfer: Hauptkassa 200,69. Tischler-Danzig 4,50.

- Brauer: Braunschweig 21,60. Breslau 27,20. Dessau 19,20. Dortmund 15,—. Dresden 18,60. Duisburg 4,50. Eberfeld 25,75. Erfangen 16,42. Essen 12,60. Frankfurt a. M. 23,85. Jülich 4,80. Halle a. S. 12,80. Hamburg 30,96. Kaiserlautern 13,21. Karlsruhe 2,76. Leipzig 58,90. Magdeburg 43,20. Mülheim-Ruhr 1,80. Nürnberg 15,68. Stettin 19,83. Weihenfeld 4,08. Wafschliffen-Hamburg 28,80. Wägener-Danzig 8,—. Zellener-Schöneberg 18,10. Selbständige Berufe, Potsdam 60,5. Privat: Müller-Berlin 0,93. Rabe-Freiberg 1,86. Inzerate: 85,21. Druckfachen: 165,39. Verbands-Adressenverzeichnis: 90,45. Verbandsstags-Protokolle: 928,—. Ortsverband Granitzhü 4,25. Summe Mk. 10 503,30.

Berlin, im November 1913.

R. Klein, Verbandskassierer.

### Versammlungen.

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (D.-K.).** Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221-223. Mittwoch, 12. Nov., abds. 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Rautke über: Der Massenstreik und die Gewerkschaften. Gast: Herr. Müller. — **Gewerbevereins-Liebesfest (G.-L.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Lesungsstunde i. Verbandsbau d. Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonnabend, 15. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzler, Pragerstr. 69. Vortrag des Kollegen Strubell: Unsere Volksgewerkschaft. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzler, Pragerstr. 69. Vortrag des Kollegen Strubell: Unsere Volksgewerkschaft. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abds. 9 Uhr im Rf. Schöpphan, Tempelhofer Ufer 6. Gast: Herr. Müller. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzler, Pragerstr. 69. Vortrag des Kollegen Joppe: Der Verbandsstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr im Markthaus-Restaurant (Eckner, Arminiusplatz). Bericht von der Bezirkskonferenz. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr bei Strubell, Putzbrunnstr. 62. Abends 8 1/2 Uhr bei Strubell, Putzbrunnstr. 62.

**Frauen und Mädchen Berlin III.** Dienstag, den 18. Nov., abds. 8 Uhr im „Kreidhü“, Bruchstr. 36 a. Vortrag des Verbandssekretärs C. Rothgier: Die Rechte und Pflichten der Frau in der Familie. Gäste willkommen. — **Hansow-Nieder-Schönhausen (Maschinenbauer).** Sonnabend, 15. Nov., abends 8 1/2 Uhr bei Ringel, Breitenstr. 21.

### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretung: Sitzung im Burhop's Geschäftshaus, Bremen, Reiterstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. D.

nerstag im Monat bei Hönstein, Eberwitzerstr. 42. — **Essen (Gewerbevereins-Liebesfest)** (eben Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr Neuvorstellung: „Der Mann mit dem Koffer“, Marzstr. 1. — **Eberfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretung: Sitzung bei Hagen-Lampert, Eberfeld, Kalkstr. 1. — **Frankfurt a. M. (Gewerbevereins-Liebesfest).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lesungsstunde im Vereinshaus, Bismarckstr. 16. — **Verbandsbau.** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 8-8 1/2 Uhr, Distriktsklub im Verbandsklub von G. Simon, Altr. Markt. — **Hannover b. Hagen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertretung bei Eubowitz. — **Hannover, Minden und Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 16. November, morgens 10 Uhr, Ortsverbandversammlung in der „Königsruhe“, Brühlstraße 12. Vortrag des Kollegen Drevert über: Volkserziehung des Verbands. — **Mittwoch, 19. November (Eberfeld),** morgens 10 Uhr, Distriktsklub, Vortrag des Kollegen Drevert über: Die Notwendigkeit des Distriktsklubs. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertretung bei Hofe, Senfstr. — **Hamburg (Reinholdstr.).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Herr. Jägerstr. 22. — **Hamburg (Gewerbevereins-Liebesfest).** Jeden Donnerstag Lesungsstunde bei Hönert in Altona, Eimsbüttelstraße 48-50. — **Herrn (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat (Sitzung) bei W. W. Müller, Bahnhofstr. gegen. der evang. Kirche. — **Hierzu. Distriktsklub** jeden 2. Mittwoch bei Hiltz. — **Hörsing (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertretung in der Benz-Erholung, Pragerstr. 29. — **Leipzig (Gewerbevereins-Liebesfest).** Die Lesungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmelgehörige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertretung: Sitzung im Verbandsklub bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 85. — **Stettin (Eckendorfer Gewerbeverein).** Die Lesungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Hebel, Poststraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willkommen. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub, Sitzung jeden Montag, abds. 9 Uhr bei Hebel u. Donnerstag 6. Winterl. Bredow. — **Tege (Distriktsklub)** bei Regel, Poststraße 28. — **Thorn (Wägener).** Jeden Sonntag nach dem 12. Ortsverbandversammlung bei Nicolai, Bauertstr. 62. — **Weihenfeld a. S. (Hilfsgewerbeverein)** der Deutschen Gewerbevereine. Lesungsstunden jeden Mittwoch abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Hofgarten“. Stimmgebende Gewerbevereinskollegen sind herzlich willkommen. — **Weihenfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandsklub „Reinhold“.

### Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

**Hilft (Ortsverb.).** R. S. Rügges, Schriftführer, Mittelstr. 14. F. Raut, Kassierer, Schloßgäßchenstr. 10. **Jitzau (Ortsverb.).** Paul Brendler, Kassierer, Bergstr. 14 I.

## Anzeigen-Teil.

Inzerate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. Für jeden

**Der Gewerkverein**  
**Jahrgang 1912**  
 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken  
**5, sonst 7 Mark**  
 bei vorheriger Einsendung des Betrages.  
 NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.  
 Bestellungen an den Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**strebsamen Gewerbevereiner**  
 sind folgende sechs erschienene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandsstages gehaltenen Vorträge, für die Herbeischaffung unentbehrlich:  
**Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912,** erstattet vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;  
**Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie,** von W. Gleichauf;  
**Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis,** von R. Schumacher.  
 Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rub. Klein, Berlin N.O. 55., Greifswalderstr. 221-223, zu richten.  
**Leipzig-Wetz (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeschehen bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachkassierer haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße 25-27, Gültigkeit.  
**Eintracht l. Erg. (Ortsverb.).** Unterfertigung oder Karten zur Herberge zur Heimat für durchreisende arbeitslose Kollegen bei Albin Gottschall, Jüdowau bei Schmieditz.  
**W. Gladbach-Heide (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerbevereinsbüro, Kirppstraße 180, sowie bei Elnig, Pringelstr. 66.  
**Wenig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Unterfertigung von 75 Pfg. beim Kollegen Albin Müller, Gumnitzstr. 15. Karten sind zu entnehmen beim Kollegen Oswald Dehmig, Kanarberstraße 12-11, abends 6-8 Uhr.  
**Wiegitz (Ortsverband).** Berpflegungstaxen für durchreisende Gewerbevereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Otto Wentzschorek, Sportstr. 30/31. Verbandsklub, „Brig von Preußen“, Glotaustraße.  
**Hamburg-Witzau (Ortsverb.).** Das Geschehen d. Ortsverbandes an durchreisende wird nur an dem Sekretariat, Marzstr. 1, abends 8 Uhr, aufgezeigt.

**Wesermünd. Durchreisende Gewerbevereinskollegen** erhalten eine Unterfertigung bei A. Herzog, Klosterstr. 1.  
**Düsseldorf und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufe erhalten in unserem Verbandsbureau zum Klosterkeller, Antikwariatstr. 29 ein Ortsgeheimnis von 60 Pfg. Zu melden auf dem Bureau, I. Etage. Dasselbst Arbeitsnachweise für alle Berufe.  
**Wesermünd. Durchreisende (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterstützung. Karte hierzu in Wesermünde beim Kollegen Aug. Krieger, Königstr. 6. In Torquell beim Kollegen Richard Pries, Friedrichstr. 16.  
**Sommerfeld (Ortsb.).** Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeschehen im Betrage von 50 Pfg. beim Verbandskassierer Rosa. Unger, a. b. e., Sommerfeld, Morgenstr. 267.  
**Cottbus (Ortsverband).** Unsere Herberge befindet sich im Waldhof zum preußischen Hof, Zaubersstraße 19, in der Höhe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergekosten bei den Ortsverbandskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen Reinhold Kunze, Gartenstr. 1.  
**Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin,** Berlin N.O., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Coedede u. Gallinet, Berlin N., Potsdamerstr. 110.